

Niederschrift
über die Sitzung des Betriebsausschusses Umweltbetrieb
am 02.06.2021

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:35 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Marcel Kaldek

Frau Carla Steinkröger

Herr Frank Strothmann

Herr Werner Thole

Frau Ursula Varnholt

Vorsitzender

SPD

Frau Dorothea Brinkmann

Herr Sven Frischemeier

Herr Norbert Gerth

Herr Ole Heimbeck

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Adele Gerdes

Frau Hannelore Pfaff

Herr Dominik Schnell

Herr Thies Wiemer

FDP

Frau Sabine Bauckhage

Die Partei

Frau Heike Wulf

AfD

Herr Martin Breuer

Die Linke

Herr Matthias Benni Stiesch

Von der Verwaltung

Herr Kaschel

Frau Stücken-Virnau

Herr Geisler

Frau Horstmeier

Frau Steinhoff

Stadtkämmerer

UWB, Erste und Techn. Betriebsleiterin

UWB, Geschäftsbereichsleiter 700.5

UWB, Geschäftsbereichsleiterin 700.1

UWB, Schriftführerin

Vor Eintritt der Sitzung stellt Herr Thole fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Vor Eintritt in die öffentliche Tagesordnung

Nachdem sich Herr Gerth erhoben hat, verpflichtet Herr Thole den sachkundigen Bürger Herrn Gerth mit folgender Formel:

„Ich verpflichte mich, meine Aufgaben im Betriebsausschuss Umweltbetrieb nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze zu beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt zu erfüllen. (So wahr mir Gott helfe.)“

Auf Vorschlag von Herrn Thole fasst der BUWB folgenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird ergänzt um:

TOP 3.4 Entwicklung der Abfallmengen im öffentlichen Raum

TOP 6.1 Änderungsantrag der FDP

-einstimmig beschlossen-

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 4. Sitzung des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes am 05.05.2021

Frau Stücken-Virnau nimmt Bezug auf den Tagesordnungspunkt Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes aus der letzten Sitzung. Es sei gewünscht worden, dass auch in den Bezirksvertretungen jährlich über den Umsetzungsstand berichtet werde.

Frau Stücken-Virnau möchte darauf hinweisen, dass dieses Verfahren bereits vor 10 Jahren diskutiert worden sei und man sich entschieden habe, dass das Abwasserbeseitigungskonzept im Rahmen der Genehmigung den Bezirksvertretungen vorgelegt werde, der jährliche Bericht dort aber nicht erfolgen solle. In den Bezirksvertretungen würden die Investitionsplanungen vorgestellt. Aus den Investitionsplanungen könnten Abweichungen herausgelesen werden.

Deshalb wolle sie noch einmal nachfragen, ob ein jährlicher Bericht über die Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes in den Bezirksvertretungen tatsächlich zielführend und gewünscht sei.

Eine Alternative wäre, das Verfahren erst im nächsten Jahr im Zuge der Genehmigung des neuen Abwasserbeseitigungskonzeptes anzupassen. Man könnte jährlich überprüfen, wo es Abweichungen zur Planung gebe und diese auch in den Bezirksvertretungen vorstellen.

Frau Brinkmann unterstützt den Alternativvorschlag von Frau Stücken-Virnau.

Herr Strothmann stimmt ebenfalls zu.

Der BUWB fasst folgenden

Beschluss:

Die Niederschrift wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen. -

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Anfrage zur städtischen Grünpflege in sensiblen Bereichen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1636/2020-2025

Herr Thole verweist auf die schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Die Mitglieder des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes nehmen Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Anfrage zur Begrünung von Kreisverkehren

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1640/2020-2025

Herr Thole verweist auf die schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Die Mitglieder des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes nehmen Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.3 Anfrage zum Konzept Vermeidung der Vermüllung öffentlicher Flächen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1641/2020-2025

Herr Thole verweist auf die schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Frau Wulf fragt, ob sich der Umweltbetrieb mit dem Thema Pfandringe bereits auseinandergesetzt habe.

Herr Geisler antwortet, dass das Thema Pfandringe vor 6 Jahren diskutiert und auch in der Praxis ausprobiert worden sei. Eine politische Jugendinitiative habe mit Unterstützung der BGW und des Umweltbetriebes im Bürgerpark testweise Pfandringe installiert. Auch auf dem Kesselbrink gebe es aktuell noch Pfandregale. Man habe leider die Erfahrung gemacht, dass die Pfandringe häufig für andere alkoholische Flaschen oder für die Müllentsorgung genutzt worden seien, sodass der Zweck nicht erfüllt wurde und der Umweltbetrieb einen Mehraufwand verzeichnen musste. Folglich verfolge der Umweltbetrieb nicht das Interesse, weitere Pfandringe zu installieren.

Herr Stiesch fragt vor dem Hintergrund der hohen Anzahl an Altreifen, ob es eine Rücknahmeverpflichtung seitens des Reifenhandels gebe. Falls es diese nicht gebe, regt er eine gemeinsame Informationskampagne mit dem Reifenhandel an, in der über die Entsorgungsmöglichkeit auf dem Wertstoffhof informiert werde.

Herr Geisler antwortet, dass die Anzahl an Altreifen den Umweltbetrieb erstaune. Es komme vor, dass 20-30 Altreifen auf einem Haufen gefunden würden. Man gehe also davon aus, dass es sich nicht um Einzelpersonen handle. In diesen Fällen werde die Einleitung eines ordnungsrechtlichen Verfahrens geprüft, in der Regel ohne bußgeldrechtliches Ergebnis. Auf den Wertstoffhöfen gebe es die Möglichkeit, Altreifen gegen ein Entgelt von 2,50 € pro Reifen zu entsorgen.

Die Mitglieder des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes nehmen Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.4 Anfrage: Entwicklung der Abfallmengen im öffentlichen Raum

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1660/2020-2025

Herr Thole verweist auf die schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Die Mitglieder des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes nehmen Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 5

Beschluss der Bielefelder Nachhaltigkeitsstrategie

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0940/2020-2025

Frau Stücken-Virnaue weist auf die schriftliche Antwort des Umweltbetriebes auf die Frage, was der Umweltbetrieb konkret im Hinblick auf das Thema Nachhaltigkeit bereits unternimmt, aus der letzten Sitzung des BUWB hin.

Frau Brinkmann bedankt sich für die Zusammenstellung, aus der man gut erkenne, was der Umweltbetrieb bereits in Bezug auf das Thema Nachhaltigkeit unternehme.

Herr Schnell regt zu Punkt 5 an, Kontakt zu Prof. Dr. Ehrmann von der Fachhochschule Bielefeld aufzunehmen. Er sei zuständig für das Thema Textiltechnik.

Frau Reher antwortet, dass die Fachhochschule Bielefeld bereits Partner sei.

Frau Steinkröger erklärt, dass die CDU sich enthalten werde. Die Arbeit, die Frau Reher mit der Strategiegruppe leiste, sei gut. Die Umsetzungen seien allerdings noch unklar. Das Thema werde im Rahmen der Fraktionssitzung noch besprochen. Gegebenenfalls werde es einen Änderungsantrag im Rat geben.

Herr Schnell erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zustimmen werde. Er bedankt sich für die Ausarbeitungen des Umweltamtes. Er sehe die Nachhaltigkeitsstrategie als lebendes Dokument und den Beschluss als Startschuss, um die Klimakrise zusammen zu bewältigen. Seine Fraktion werde gegebenenfalls zukünftig weitere Konzepte einbringen. Er freue sich außerdem, dass im Umweltbetrieb bereits einige Konzepte zum Thema Nachhaltigkeit umgesetzt werden.

Frau Bauckhage erklärt, dass die FDP der Vorlage nicht zustimmen werde. Eine Nachhaltigkeitsstrategie zu haben sei sinnvoll. Aus ihrer Sicht fehle aber die Finanzierung und die einzelnen Punkte seien nicht konkret genug.

Sie lobe beispielsweise den Punkt Fallraumentwicklungskonzept. Hier seien die operativen Ziele ausreichend definiert. Andere Punkte wie 1.3.1 oder 1.2.3.2 seien nicht konkret genug.

Herr Heimbeck erklärt, dass die SPD der Vorlage zustimmen werde. Es handele sich um einen wichtigen Prozess. Der Beschluss der Nachhaltigkeitsstrategie sei ein wichtiger erster Schritt. Da es sich um den ersten Schritt handele, seien zu diesem Zeitpunkt noch keine Detailziele definiert.

Herr Thole fragt, ob Die Partei den Änderungsantrag, der im BISB bereits zurückgezogen wurde, aufrecht erhalten wolle.

Frau Wulf ziehe den Änderungsantrag zurück.

Die Partei habe den Änderungsantrag verfasst, weil die definierten Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie zu schwach seien und ein größerer Handlungsbedarf bestehe. Die Bielefelder hätten mit diesem Projekt vor 1,5 Jahren begonnen und seien von den Regelungen des Green Deal überholt worden. Sie werde sich dafür einsetzen, dass zukünftig an diesem Thema gearbeitet werde, weshalb sie ihren Änderungsantrag zurückziehen könne. Sie werde sich außerdem dafür einsetzen, dass die betroffenen Gruppen individuell einbezogen würden. Bisher seien nur Vertreterinnen und Vertreter dieser Gruppen einbezogen worden. Frau Wulf beendet ihren Wortbeitrag mit einem Zitat von Insa Thiele-Eich: „Wer Ressourcen hat, hat auch mehr Verantwortung“.

Der BUWB fasst folgenden

Beschluss:

Der BUWB empfiehlt dem Rat zu beschließen:

- 1. Der Rat nimmt die von der Steuerungsgruppe Global Nachhaltige Kommune (GNK) einstimmig empfohlenen Ziele und Umsetzungsmaßnahmen der Bielefelder Nachhaltigkeitsstrategie zustimmend zur Kenntnis (siehe Anlage NH Strategie)**
- 2. Der Rat beschließt, den über das GNK-Projekt initiierten Nachhaltigkeitsprozess zu verstetigen und beauftragt die Verwaltung, die nächsten Verfahrensschritte umzusetzen. Dies sind Umsetzung und Monitoring (s. 2.5) sowie Evaluation und Fortschreibung (s. 2.6). Der Rat wird über weitere Ergebnisse informiert.**

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.1 Änderungsantrag zur Nachhaltigkeitsstrategie

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1750/2020-2025

Frau Wulf hat den Änderungsantrag zurückgezogen.

-.-.-

Zu Punkt 6 Konzept zur Bewältigung extremer Wetterlagen im Winterdienst

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1610/2020-2025

Frau Stücken-Virnau erklärt, dass der Umweltbetrieb sich dem Thema „Bewältigung extremer Wetterlagen im Winterdienst“ ausführlich angenommen habe. Intern wurden bereits Möglichkeiten der schnellen Optimierung, ohne Verursachung von Mehrkosten, identifiziert. Diese Optimierungen seien bereits angestoßen. Mit den anderen beteiligten Dritten

werde aktuell an dem Notfallkonzept gearbeitet, welches im Anschluss dem BUWB vorgestellt werden solle.

Für Rückfragen stehe Herr Geisler jetzt gerne zu Verfügung.

Herr Strothmann bedankt sich für die umfängliche Vorlage. Die CDU beantragt, den Tagesordnungspunkt in 1. Lesung zu behandeln, da innerhalb der Fraktion noch Beratungsbedarf bestehe.

Herr Heimbeck fragt zu Punkt 5 der Beschlussvorlage, ob mobiel auch zu den genannten Dritten zählt. Es werde in diesem Konzept auch eine Kostendrittung angestrebt. Er fragt, ob es absehbar sei, bis zum Winter handlungsfähig zu sein.

Herr Geisler antwortet, dass die Arbeitsgruppe eingeladen sei und aktuell ein Termin gesucht werde. Er sei zuversichtlich, dass zum kommenden Winter die Notfallpläne verbessert seien. Das Thema werde sich aber noch weiterentwickeln. Gegebenenfalls werde es europaweite Ausschreibungen geben. Der Landesbetrieb Straßen NRW werde auch noch beteiligt.

Herr Geisler führt aus, dass Ideen entwickelt werden und man daran arbeite. Diskutiert werde der Abtransport von Schnee und die Räumkapazitäten in den Nebenstraßen. Außerdem werde geprüft, ob Rahmenverträge mit großen Tiefbauunternehmen abgeschlossen werden, so dass man noch besser aufgestellt sei.

Herr Stiesch bedankt sich für die Vorlage und auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Umweltbetriebes. Sie hätten im Winter viel geleistet. Er fragt, ob man sich vorstellen könnte, eine Schneefräse anzuschaffen. Außerdem weist er darauf hin, dass solche Extremwetterereignisse in Bielefeld extrem selten seien. Durch nachbarschaftliche Hilfe hätten sich einige Probleme lösen können. Für die Zukunft sei aus seiner Sicht wichtig, dass der ÖPNV schnell fahrfähig sei und die Straßenübergänge schneller freigemacht würden.

Frau Pfaff erklärt, dass aus ihrer Sicht eine umfängliche Beschlussvorlage vorliege, die gut gelungen sei. Sie weist darauf hin, dass bei Bedarf weitere Anpassungen trotzdem möglich seien.

Herr Breuer erklärt, dass es grundsätzlich eine gute Vorlage sei. Er fragt, ob er unter der Ankündigung eines extremen Wetterereignisses eine Unwetterwarnung verstehen solle.

Außerdem weist er darauf hin, dass im letzten Winter Fahrradfahren sowieso nicht möglich gewesen sei, weshalb er fragt, warum die Fahrradwege freigemacht wurden und nicht die Nebenstraßen für die Rettungskräfte.

Herr Geisler antwortet, dass das Unterlassen der Radweg-Räumung aufgrund des Frost-Tau-Wechsels dazu geführt hätte, dass diese über Wochen nicht befahrbar gewesen wären. Das Radverkehrskonzept sehe vor, dass die Radwege deshalb priorisiert freigemacht würden. Außerdem würden für die Räumung der Radwege schmale Fahrzeuge eingesetzt, die nur hilfsweise in Anliegerstraßen genutzt werden könnten. Ein Räumschild mit 1,5 Metern Breite sei für eine Straße nicht geeignet.

Frau Steinkröger fragt, ob man die Räumung nicht in Teilen fremdvergeben könnte. Dabei sei es wichtig, dass das Unternehmen aus der näheren Umgebung komme, damit es bei einem plötzlichen Schneeeinbruch unterstützen könnte. Sie fragt, ob nicht die Landwirte helfen könnten. Sie wisse, dass einige Landwirte dies freiwillig gemacht hätten. Für den Einsatz einer Schneefräse gibt Frau Steinkröger zu bedenken, dass der Schnee entweder weit in die Landschaft befördert werde oder ein Fahrzeug, das hinterherfährt, erforderlich sei.

Herr Geisler erläutert zum Thema Schneefräse, dass die Lösung mit dem Begleitfahrzeug nicht interessant sei, da der Schnee die Ladekapazitäten schnell auffülle. Folglich sei der Einsatz nur bei den entsprechenden geografischen Voraussetzungen, wie zum Beispiel in der Osningstraße, sinnvoll. Für den Einsatz einer Schneefräse sei außerdem eine Mindestschneehöhe von ca. 20 Zentimetern erforderlich, die in Bielefeld nur selten erreicht werde. Der Umweltbetrieb sei aktuell in Besitz von 15 Jahre alten Schneefräsen gewesen, die aufgrund des Alters aber nicht einsatzbereit waren. Zur Bewertung, inwiefern der Einsatz einer Schneefräse in Bielefeld zukünftig hilfreich sei, würden noch Ratschläge aus dem Sauerland eingeholt.

Das Thema Unterstützung der Räumarbeiten durch Subunternehmer sei aufgrund der Vergabevorschriften komplex. Die Arbeiten müssten europaweit ausgeschrieben werden. Der Umweltbetrieb sei froh, dass die im Konzept genannten sieben Subunternehmer weiterhin für den Umweltbetrieb tätig werden.

Die Unterstützung durch Landwirte bei der Schnee-Räumung würde in der Praxis gut funktionieren. Für Streueinsätze sei allerdings nicht die passende Ausrüstung vorhanden.

Der Umweltbetrieb habe alle Landwirte aus dem Raum Bielefeld aufgerufen, sich bei Interesse an der Unterstützung bei der Schneeräumung im Umweltbetrieb zu melden. Bei der Akquise von Landwirten sei das Problem, dass Landwirte, deren Fahrzeuge ein grünes Kennzeichen haben, aufgrund der Haftpflicht leider nicht unterstützen dürfen.

Aktuell strebe der Umweltbetrieb das Aufstellen einer Reserveliste an. Die entsprechenden Unternehmen würden dann bei Extremwetterereignissen als Unterstützung herangezogen. In diesem Zuge sollen auch feste Stundensätze für die Arbeiten vereinbart werden. Dieses Vorhaben werde aktuell vergaberechtlich geprüft.

Frau Steinkröger erklärt, dass die Fahrzeuge von Landwirten in der Regel mit einem grünen Kennzeichen ausgestattet seien. Deshalb fürchte sie, dass unter diesen Voraussetzungen die Landwirte kein Interesse zeigen werden. Zum Thema Stundensätze weist sie darauf hin, dass es entsprechende Regelungen in den Tarifverträgen gebe.

Herr Heimbeck weist noch einmal darauf hin, dass bei solchen Starkregenereignissen gerade die Straßenbahnen wichtig seien.

Herr Heimbeck äußert sich zum Antrag der FDP. Er vermute aufgrund der Äußerungen, dass bei zukünftigen Fahrzeuganschaffungen die Tauglichkeit für einen möglichen Winterdienst bei Bedarf berücksichtigt werde. Die SPD stimme zu, den Tagesordnungspunkt in 1. Lesung zu behandeln.

Frau Dr. Gerdes bedankt sich für das Konzept. Sie fragt zu Punkt 1.4 auf Seite 5, was gesondert geführte Radwege seien und ob es sich bei farbigen

gekennzeichneten Flächen auf dem Bürgersteig um gesondert geführte Radwege handele.

Herr Geisler antwortet, dass bei gesondert geführten Radwegen neben der Fahrbahn erst ein Bauwerk bzw. Grünstreifen und dann der Radweg angeordnet sei. Bei rot markierten Flächen auf Gehwegen und Straßen handele es sich nicht um separat geführte Radwege. Die Radwege, die auf rot markierten Gehwegen verlaufen, werden von Schmalspurfahrzeugen im Rahmen des Winterdienstes berücksichtigt. Bei kombinierten Rad- und Fußwegen sei der Winterdienst auf die Eigentümerinnen und Eigentümer übertragen.

Herr Wiemer bedankt sich für das Konzept und hält die Behandlung des Tagesordnungspunktes in 1. Lesung für sinnvoll.

Der BUWB fasst folgenden

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird in 1. Lesung behandelt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6.1 Änderungsantrag der FDP

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1587/2020-2025

Da TOP 6 in 1. Lesung behandelt wurde, werde auch der Änderungsantrag im Rahmen der nächsten Sitzung behandelt.

-.-.-

Zu Punkt 7 2. Änderung der Entgeltordnung der Stadt Bielefeld für besondere Dienstleistungen der Friedhofsverwaltung vom 18. Dezember 2006

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1475/2020-2025

Herr Wiemer fragt zu den Buchstaben e und f, warum die Kosten, die sich beide auf den Einsatz von Fahrzeugen beziehen, unterschiedlich stark ansteigen.

Frau Stücken-Virnau sichert eine Antwort mit dem Protokoll zu.

Nachtrag zum Protokoll:

Die Entgeltordnung der Stadt Bielefeld für besondere Dienstleistungen der Friedhofsverwaltung sei seit 5 Jahren nicht angepasst worden. Deshalb seien signifikante Entgeltänderungen typisch.

Bei der Kalkulation einzelner Fahrzeugkosten würden verschiedene Fahrzeuggruppen gebildet. Es werde ausgewertet, welche Kosten für die Fahrzeuge angefallen seien und diese würden in Relation zu dem betrachteten Zeitraum gesetzt. Die Kalkulation für verschiedene Fahrzeuggruppen erfolge unabhängig voneinander, so dass die Kosten für den Fahrzeugeinsatz (Buchstabe e) und für den Einsatz eines Friedhofsbaggers (Buchstabe f) unabhängig voneinander erfolge. Beeinflusst werden die Kosten durch verschiedene Faktoren, wie die Auslastung der Fahrzeuge, die Anschaffungskosten oder die Reparaturkosten.

Der BUWB fasst folgenden

Beschluss:

**Der BUWB empfiehlt dem Rat zu beschließen:
Der Rat beschließt die 2. Änderung zur Entgeltordnung der Stadt Bielefeld für besondere Dienstleistungen der Friedhofsverwaltung vom 18. Dezember 2006 gem. Anlage I.**

- einstimmig beschlossen –

-.-.-

Zu Punkt 8

Kehrichtzwischenlager und Waschplatz, Umgestaltung und Entwässerung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1548/2020-2025

Herr Stiesch fragt, was ein Koaleszenzabscheider sei.

Frau Stücken-Virnau antwortet, dass es sich um eine Anlage zum Auffangen von Ölpartikeln handele. Kleinstölpartikel würden zu einem größeren Propfen geformt, welcher durch das Schwerkraftprinzip oben schwimme und abgesaugt werden könne.

Die Mitglieder des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes nehmen Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 9

Abbruch des Gebäudes Herforder Str. 214 b

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1587/2020-2025

Die Mitglieder des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes nehmen Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 10

**Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

Es liegen keine Berichte vor.

Werner Thole
Ausschussvorsitzender

Lisa Steinhoff
Schriftführerin